

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft



Umsteuern!

- Mehr soziale Gerechtigkeit
- Familien im Hintertreffen
- Der Weg zu einer krisenfreien Marktwirtschaft

Umsteuern – bereit für einen Systemwandel

Umsteuern kann auf verschiedene Arten verstanden werden. Erstens steckt darin das Wort „Steuer“, also im klassischen Sinne Abgaben an die Gemeinschaft für übergeordnete Aufgaben. Dabei gilt der Grund-



satz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Dass dem heute immer weniger Rechnung getragen wird, zeigt u.a. der Artikel zur Leistungsfähigkeit der Produktionsfaktoren (S. 13).

Zweitens kann darunter auch dies verstanden werden: „Das Steuer herumreissen“, also endlich die grundlegenden Probleme bei den Wurzeln anpacken (Hunger, Durst, Armut, Energie, Klima, Artensterben etc.). Umsteuern ist hier auch aus ethischer bzw. aus Gerechtigkeits-Sicht unumgänglich. Nicht zuletzt ist ein Umsteuern auch von Innen angesagt. Was nützen uns die besten wissenschaftlichen Studien und Experimente, wenn wir als Menschen nicht bereit sind dazu?

Die INWO und ihre Vorgängerorganisationen setzen sich seit Jahrzehnten für eine Veränderung am Geldsystem und in der Bodenrechtsfrage ein. Beides sind zentrale Lösungsansätze für einen Systemwandel, doch liegt es schlussendlich an den Menschen selber, einen Systemwechsel zu wollen. Ist dies ohne eine innere Bereitschaft, einen Bewusstseinswandel – vom Eigennutzen zum Gemeinschaftlichen – denkbar?

Sicher wird eine verstärkte Beschäftigung der Menschen auf politischer, wirtschaft-

licher und spiritueller Ebene den Weg ebnen für diese Ideen und einem Systemwechsel überhaupt erst zum Durchbruch verhelfen.

Neben neuen Lösungsansätzen ist also innere Bereitschaft gefragt. Beides bedingt sich gegenseitig. Der INWO fällt dabei die Aufgabe zu, unsere Modelle soweit zu entwickeln und zu kommunizieren, dass sie gesellschaftspolitisch relevant werden. Dazu benötigen wir ein verstärkte Aufmerksamkeit und eine viel bessere Verankerung in Bevölkerung und Wissenschaft. D.h. bei einer angenommenen „Veränderungshürde“ von 5% einen Bekanntheitsgrad bei - 250.000 Personen in der Schweiz (knapp 5 Millionen Stimmberechtigte) - 3.000.000 Personen in Deutschland (über 60 Mill. Wahlberechtigte)

Da haben wir noch einiges zu tun. Wohlverstanden, es wird keine vollumfängliche Akzeptanz vorausgesetzt: Die Modelle zu kennen und das Potential zu erahnen genügt.

Unsere Herausforderung ist also, in den nächsten Jahren einen derartigen Bekanntheitsgrad zu erreichen. Bleiben Sie dran! Unterstützen Sie uns! Politisieren und diskutieren Sie in Ihrem Umfeld – für eine hoffnungsvolle Sache! Wir unterstützen Sie dabei gerne mit Informationen, Vorträgen, Dokumentationen und guter Lobbyarbeit.

Pierre Güntert
Präsident der INWO Schweiz

Inhalt

- 3 Mehr soziale Gerechtigkeit durch Umsteuern
- 5 Familien im Hintertreffen
- 8 Die Kurve zum Paradies
- 10 Unterwegs zu einer krisenfreien Marktwirtschaft
- 12 Gleiches Recht für jede Arbeit
- 13 INWO Schweiz
- 14 INWO Deutschland
- 16 Termine & Pressespiegel
- 18 Buchvorstellung
- 19 Konkretisierte Visionen am anderen Ende der Welt
- 20 Von Gesell zur INWO – Teil 2
- 23 Bestellseite

Impressum

FAIRCONOMY 2. Jahrgang, Nr. 3 September 2006,
ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (V.i.S.d.P.), Beate Bocking,
Jens Hakenes, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

3.000 Exemplare; 1.500 als r-evolution, INWO-CH

Bildnachweis

Titelseite: Montage Umbach Grafik & Mediendesign - Juergen Striewski, Zeichnungen: eugenartig.com, INWO-Materialien: SMARTI-d - Andreas Franke, Autoren- und Produktfotos: privat und Verlage, S. 3: Photocase.com/concoon, Wendy Yap, S. 4: REGIOprojekt, S. 5: Photocase.com/dancerP, S. 7: Photocase.com/Carlos Murphys, S. 9: Jens Hakenes, S. 10: wikipedia/Pi-karl, S. 13: Photocase.com/fryday, S. 14: Tanja Rathgeber, S. 15: Erich Lange, S. 16: Photocase.com/juliaw, Photocase.com/dushy18, S. 18: Connection, S. 19: Rudolf Gruen, Eric Bihl, S. 20 und 22: privat, S. 21: Archiv für Geld- und Bodenreform/Oldenburger, S. 22: Projekt Herzgehirn, Köln S. 23: Karl Betz

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenfuß GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO D e.V., Klaus Popp, Blasiusstraße 63,
40221 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 30 41 05,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>
Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für

die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Mehr soziale Gerechtigkeit durch Umsteuern

Der tägliche Blick in die Medien macht nur selten Spaß – fast ständig nur Horrormeldungen: Arbeitsplatz- und Sozialabbau, zeitgleich zunehmende Armut! Auf der anderen Seite immer mehr Millionäre, horrenden Managergehälter und Fusionen von Mega-Konzernen. Die Verteilungsgerechtigkeit scheint sich immer schneller zu entwickeln. Dabei gibt es durchaus Alternativen.

Die „soziale Frage“ wird offenbar überhaupt nicht mehr gestellt, alles wird den wirtschaftlichen Zwängen untergeordnet. Forscht man in dieser Richtung weiter, stößt man unweigerlich irgendwann auf die Rolle des Geldes in der Wirtschaft, die eben leider nicht neutral ist, wie von vielen vorausgesetzt wird. Im Gegenteil, die Geld- und Finanzströme haben eine destruktive Eigendynamik entwickelt. Dabei fällt auf, dass die meisten Volkswirtschaften der Industrieländer und besonders der so genannten Entwicklungsländer hoch verschuldet sind. Das bedeutet, dass Staat, Wirtschaft und Privatbereich fast nur noch mit geliehenem Geld funktionieren. Was ist daran so schlimm? Geld ist schließlich Geld! Das Unheimliche daran ist, dass jeder verliehene Euro nach Zinsen verlangt.



Woher kommt nun das Geld für Zinszahlungen und wohin fließt es? Es wird abgezwickelt von Arbeitslöhnen und Unternehmereinkommen, von Gehältern und Steuern. Es wird in allen Preisen für Waren und Dienstleistungen vom Verbraucher bezahlt. An wen? An diejenigen, die sowieso schon zuviel davon haben, sonst hätten sie es nicht verleihen können. Konsequenz zu Ende gedacht, wird sich die umlaufende Geldmenge eines Tages in ganz wenigen Händen konzentrieren. Von diesen „Händen“ kann das Geld nicht mehr sinnvoll seinem Zweck als Tauschmittel entsprechend eingesetzt werden. Es fließt weder zurück in die Realwirtschaft, um dort zu Nachfrage zu werden, noch belebt es die Konjunktur durch Investition. Es liegt irgendwo nutzlos herum in Form von Bar- und Girogeld oder hüpfert als kurzfristige spekulative Anlage von Konto zu Konto.

Auch die Erfüllung des sozialistischen Wunschtraums von „Produktionsmitteln in Arbeitereigentum“ würde an dieser Tatsache nichts ändern. Jeder Arbeiter als Fabrikmitbesitzer muss als erstes dafür sorgen, dass investiertes Kapital verzinst wird. Also: Je mehr Maschinen desto weniger Lohn! Ein realistischeres Gegenmittel ist die Geldumlaufumsicherung mit Hilfe einer Gebühr statt des Zinses.

Was muss sich ändern?

Von Volkswirtschaftlern wird der Zins auch als Knappheitspreis des Geldes bezeichnet. Die Überlegung ist: Wenn das Geld nicht mehr knapp wäre, würde der Preis sinken. Also probieren wir's mal aus! Kurz oder gar nicht angelegtes Geld, Bar- und Girogeld wird mit einer Gebühr belastet, gerät damit unter



Angebotsdruck – und nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage wird der Preis, also der Zinssatz sinken.

Nur um die Gebühr zu sparen, wird jeder sein nicht benötigtes Geld ausgeben oder in (zur Not auch nicht renditeträchtige) Anlagen stecken. Die Folge: Der Kapitalmarkt würde mit Angeboten überschwemmt. Jeder, der Geld braucht, könnte sich das günstigste Angebot aussuchen. Natürlich wird die Bank weiterhin nach Sicherheiten fragen und für ihre Vermittlungsdienste Gebühren verlangen.

Auch nicht verzinstes Geld muss schließlich zurückgezahlt werden! Und die Bankangestellten wollen auch leben. Wem es wichtig ist, liquide zu sein, um jederzeit Bargeld zur Verfügung haben zu können, darf das ruhig. Er zahlt dann gerne die wenigen Prozent Liquiditätsprämie. Er spart ja dafür den derzeit in allen Preisen enthaltenen Zinsanteil, der im Schnitt 30 Prozent ausmacht.

Was würde passieren?

Bei Umweltbesorgten und Naturschützern kommt oft die Befürchtung auf, dass die solcherart angeheizte Konjunktur zu mehr Umweltverschmutzung und Ressourcenverbrauch führen wird. Dagegen spricht die Tatsache, dass nur ein kleiner Teil des Volkvermögens in nachfrage-relevanter Hand ist. Der Konsum würde nur bei denen zunehmen, die jetzt von der Hand in den Mund leben und sich bei sinkenden Preisen mehr leisten können, und bei denjenigen, die wieder in Lohn und Brot kommen, weil wieder mehr investiert wird. Denn es würde auch in Projekte investiert werden, die sich bei hohen Zinsen nicht gerechnet haben. Die öffentliche Hand hätte wieder Spielraum

für Bildung, Kultur, ÖPNV, Soziale Dienste, Neubauten, Renovierungen, Energiesparmaßnahmen und viele andere wichtige Gemeinschaftsaufgaben.



Natürlich hätten die wenigen Superreichen täglich weniger Millionen Zinseinnahmen. Aber bestimmt noch genug Vermögen, um sich Gedanken machen zu müssen über die Verwendung. Denn die Gebühren auf die Milliarden Spekulationsgelder, Giralgeld und 500-Euro-Scheine in schwarzen Kassen schlagen sicher empfindlicher zu Buche als

die paar Euro pro Jahr des durchschnittlichen Gehaltsempfängers. Da bietet es sich doch an, das Geld in Projekte zu stecken, die bisher vernachlässigt wurden, weil sie nicht genug Gewinn abwerfen. Die Herren A., B. oder auch C. können sich glücklich schätzen, wenn ihr Geld genommen wird, um damit etwas Sinnvolles zu finanzieren, sparen sie doch dadurch erhebliche Gebühren. Andererseits wäre es auch nicht schlecht, wenn sie es nicht weitergeben. Denn in diesem Fall füllt sich die Staatskasse. Je nachdem, wie viel Geldumlaufungsgebühren hineinfließen, kann der Staat sogar die übrigen Steuern senken. Ein willkommener Nebeneffekt.

Fazit: Die Politik muss umsteuern! Ein ohne Zins stetig umlaufendes Geld würde allen nützen.



Gudrun Müller (Jg. 1941), Mitglied der INWO und der Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft. Mitgründerin der INWO-Regionalgruppe Köln und der attac-Gruppe „Vulkaneifel“. Bis 1999 in der Kölner Zentralbibliothek u. a. Leiterin der Abteilung Recht, Staat, Politik, Gesellschaft und Geschichte.

Es fehlt an Geld...

...nun gut, so schafft es denn.

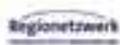
Goethe Institut

Jetzt anmelden

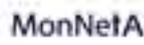
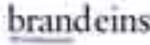


www.regiogeldkongress.de

www.regiogeldkongress.de



mit freundlicher Unterstützung von



Familien im Hintertreffen

„Es steht 1:0 für Familien“, so präsentierte Familienministerin von der Leyen mitten im WM-Fieber den Kabinettsbeschluss zum neuen Elterngeld. Doch die Familien liegen nicht in Führung. Das muss auch nicht sein. Aber den Ausgleich sollten sie schon schaffen.

Ursula von der Leyen (CDU) ist ein Aushängeschild der schwarz-roten Koalition. Selbst Mutter von sieben Kindern und trotzdem Karrierefrau, soll sie wohl den lebenden Beweis für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sowie für eine familienfreundliche Politik liefern. Das neue Elterngeld, das weitestgehend noch auf ihre SPD-Vorgängerin Renate Schmidt zurückgeht, soll eine der tragenden Säulen dieser Politik sein. Gerecht ist es allerdings nicht.

Gutverdiener bekommen mehr Elterngeld als Geringverdiener

Wohlfahrtsverbände kritisierten zu Recht, dass die Erziehungsleistung Gutverdienender höher bewertet werde als die Geringverdienender oder Arbeitsloser. Das Elterngeld wird ab 2007 nicht mehr als Sozialleistung nur an Bedürftige gezahlt, sondern an alle Eltern, abhängig vom zuvor erzielten Einkommen. Familien mit einem Einkommen unter 30.000 Euro brutto erhalten weniger Elterngeld, als ihnen bisher für zwei Jahre an Erziehungsgeld zustehen würde. Bekommen sie nur die Mindestsumme von 300 Euro, wird ihnen wohl auch kaum die Möglichkeit nutzen, das Geld auf zwei Jahre zu verteilen (während das bei der Höchstsumme von 1.800 Euro durchaus attraktiv sein kann). So endet für die Benachteiligten die finanzielle Unterstützung nach 12 oder 14 Monaten. Dann müssen sie wieder arbeiten und stehen oft ohne eine gesicherte Betreuungsmöglichkeit für das Kind da.

Die Wiederentdeckung der Familie durch die Regierenden ist wohl vor allem auf deren Einsicht zurückzuführen, sie müssten angesichts der demographischen Entwicklung die jungen Paare zum Kinderkriegen animieren.

„Wir brauchen mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft“, so die Ansicht der Ministerin. Denn Kinder werden gebraucht: als zukünftige Zahler von Steuern, von Sozialabgaben und – nicht zu vergessen – von steigenden Schuldzinsen.

Wer fragt danach, was Kinder brauchen?

Kinder brauchen vor allem Liebe und Aufmerksamkeit. Sie brauchen Erwachsene, die Zeit mit ihnen verbringen und ihnen Zuwendung schenken. In unserer Gesellschaft wird dies zwangsläufig immer mehr professionalisiert. Mit Blick auf die Eltern, die dringend auf solche Plätze angewiesen sind, ist die Forderung nach dem Ausbau der Tagesbetreuung sicher richtig und wichtig. Zwar hat fast jedes siebte Kind unter drei Jahren einen Platz, während das 2002 nur für jedes zehnte Kind zutraf. Vielerorts mangelt es aber immer noch an Angeboten.

„Ein anderer, für die meisten Eltern sicher viel attraktiverer Ansatz wäre jedoch eine politische Offensive für kürzere Arbeitszeiten. Wir brauchen mehr Teilzeitstellen, die uns und unseren Familien trotzdem ein gutes Auskommen ermöglichen.“

Deshalb darf es nicht zu einer Ausweitung des Niedriglohnssektors kommen, was perspektivisch dazu führt, dass immer mehr Menschen zwar Vollzeit arbeiten, aber dennoch nur schlecht über die Runden kommen, geschweige denn sich Kinder leisten können.

Auch muss darüber nachgedacht werden, wie Erziehungs- und Haushaltsarbeit über das

erste Jahr hinaus angemessen entlohnt werden kann. Bei den enormen Produktivitäts- und Vermögenssteigerungen der vergangenen Jahrzehnte sind das keine unrealistischen Vorstellungen. Es ist allein eine Frage der Verteilung des enormen Reichtums in unserer Gesellschaft und eine Frage der Organisation.



Kinderbetreuung alles andere als verfassungsgemäß

Die Situation der Kinderbetreuung in Deutschland wird auch von der Ex-Verfassungsrichterin Renate Jaeger immer noch als „verfassungswidrig schlecht“ bezeichnet (taz-Interview vom 22.6.2006). Um die Situation

von Familien zu verbessern, gibt Jaeger einem Ausbau der Betreuung und einer Erhöhung des Kindergelds den Vorzug gegenüber steuerrechtlichen Ansätzen. Das unlängst von der CDU ins Gespräch gebrachte „Familiensplitting“ bezeichnete Jaeger als „Irrweg in der Familienpolitik“. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla hatte die Forderung erhoben, das Ehegattensplitting zu einem Familiensplitting zu erweitern, damit die besonderen Belastungen von Familien mit Kindern besser ausgeglichen würden.

Man wolle die Institution Familie erneut mit dem Steuerrecht retten, urteilte Jaeger. Aber Steuervergünstigungen nützen nun mal denjenigen am meisten, die gut verdienen und deshalb viele Steuern zahlen müssen. Dort lohne es sich, das Einkommen auf viele Köpfe zu verteilen, um so der Progression (dem Ansteigen des Steuersatzes bei höheren Einkommen) zu entgehen.



Steuersystem diskriminiert Familien

Fest steht, dass das derzeitige Steuer- und Sozialsystem Familien mit Kindern in erheblichem Maße diskriminiert. Zu diesem Ergebnis kommt auch die von der Robert Bosch Stiftung eingesetzte Kommission „Familie und demographischer Wandel“, die ihren Abschlussbericht vergangenen Dezember vorgestellt hat (siehe: <http://www.Bosch-Stiftung.de>). Die Diagnose ist nicht neu. So beklagte der Verfassungsrechtler Dieter Suhr bereits vor mehr als 15 Jahren die „transferrechtliche Ausbeutung von Familien“ (nachzulesen in Fragen der Freiheit, Heft 248 – <http://www.sffo.de>).

Geschehen ist indes wenig, die Familienarmut nimmt weiter zu. Zwar hat es geheißenen Familien, die weniger Kinder hätten, seien materiell besser dran, so der Sozialrichter Jürgen Borchert (Stuttgarter Zeitung vom 22.12.2005). Die Kinder blieben zwar aus, doch die Familienarmut ist gestiegen. Dann ist argumentiert worden, wenn die Mütter erwerbstätig seien, bliebe den Familien mehr

Geld zum Leben. Doch obwohl seit 1960 die Quote erwerbstätiger Mütter ganz erheblich gestiegen ist, hat sich die Zahl sozialhilfebedürftiger Kinder erhöht. Schließlich fressen Steuern, Abgaben und Betreuungskosten vieles wieder auf.

Was rät nun die von Kurt Biedenkopf geführte Kommission der Bosch-Stiftung? Zu den zentralen Empfehlungen der Kommission gehört das oben genannte Familiensplitting, womit Kinder in die Erwerbsgemeinschaft der Eltern einbezogen werden sollen. Aber auch Geringverdiener, die nicht vom Splitting profitieren, sollen durch negative Einkommenssteuer oder andere Formen von Transfereinkommen entlastet werden. Außerdem schlägt die Kommission vor, Erziehungsleistungen im Rentensystem stärker zu honorieren. Auch werden familienfreundliche Arbeitszeitmodelle und der Ausbau der Betreuungsangebote gefordert. Der Besuch von Kindertagesstätten müsse künftig kostenlos sein. All diese Forderungen werfen allerdings die Frage nach der Finanzierbarkeit auf, die ohne Änderungen im herrschenden Geldsystem kaum zu beantworten sein dürfte.

Ökonomische Emanzipation der Frau muss weitergehen

Die Kommission konstatiert zudem, dass sich Frauen nur ungern für Kinder entscheiden,

wenn dies die völlige ökonomische Abhängigkeit von ihrem Partner bedeute. Auch diese Erkenntnis ist nicht neu. Die Frauen ökonomisch emanzipieren wollte bereits Silvio Gesell vor über hundert Jahren: Er war der Meinung, dass sie sich die Väter ihrer Kinder

nicht nach dessen Geldbeutel, sondern nach seinem Charakter aussuchen sollten. Gesell propagierte eine Art „Mütter- und Kindergeld“, und zwar weltweit. Finanziert werden sollte dieses Grundeinkommen durch die Abschöpfung der Bodenrenten, also jener Einkommen, die an die privaten Eigentümer des Bodens fließen und bei Verpachtungen als leistungslose Erträge besonders deutlich hervortreten.

Hinter dem Gesell'schen Vorschlag steckt die Idee, dass alle nicht vermehrbaren Güter wie Boden, Bodenschätze, Wasser und Luft allen Menschen zur gemeinsamen Nutzung geschenkt sind. So weit geht die Kommission der Bosch-Stiftung nicht. Doch sie propagiert ein steuerfinanziertes System der Grundsicherung. Mehr als eine Grundsicherung werde auch die gesetzliche Rente bereits in den dreißiger Jahren dieses Jahr-

hunderts nicht mehr sein können. Daher soll es für Eltern im Alter zusätzlich eine steuerfinanzierte, von der Zahl der Kinder abhängige „Kinderrente“ geben, während sich Kinderlose durch eigene Ersparnisse absichern müssen.

Die Idee der Kinderrente – die fehlende Hälfte des Generationenvertrags

Die ursprüngliche Kinderrente hingegen war nicht erst im Alter vorgesehen, sondern sollte bis zur Vollendung des 20. Lebensjahres als Unterhalt gezahlt werden. Die Idee wurde in den fünfziger Jahren von Wilfrid Schreiber, dem (selbst kinderlosen) Erfinder des „Generationenvertrages“ vorgetragen. Danach sollten zwei „Solidarverträge“ geschlossen werden: der eine zwischen Kindern und Erwerbstätigen, der andere zwischen den Alten und den Erwerbstätigen. Die jeweils produktive Generation sollte im Rahmen eines ausbalancierten Sozialsystems für die Alten eine „Volksrente“ und für die Kinder eine „Jugendrente“ finanzieren.

Da Kinder jedoch keine Wähler sind, ließ Bun-

deskanzler Adenauer das Jugendrentensystem kurzerhand unter den Tisch fallen. Laut Dieter Suhr war dies ein Lehrstück für politischen Opportunismus: eine Weichenstellung für die Zukunft der Gesellschaft mit Blick nur auf den nächsten Wahltermin. Vom Dreigenerationenmodell wurde also nur die eine Hälfte implementiert, mit der die Stimmen der Alten zu kaufen waren, und nicht die andere, von der die Kinder und die Zukunft des Ganzen Gewinn gehabt hätten.

Statt also die Verantwortung für die nachwachsende Generation als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen, wird sie bei uns weitgehend den Eltern aufgebürdet. Die Kosten der Kinderaufbringung sind Privatangelegenheit der Eltern. Und das, obwohl die gesamte Gesellschaft davon profitiert, denn sind die Kinder großgezogen und arbeiten sie, werden ihre Leistungen zur Versorgung der Altgeneration rentenrechtlich sozialisiert.

1 Kind = 77.000 Euro?

Der letzten Folgerung schließt sich auch die Biedenkopf-Kommission an. Sie kommt zum Ergebnis, dass dem Staat ein finanzieller Vorteil in Höhe von knapp 77.000 Euro entsteht, wenn man die Einnahmen und Ausgaben des Staates für den gesamten Lebenszyklus eines Kindes bilanziert. So hoch sei der ökonomische Vorteil für Dritte, nämlich andere Steuerzahler und andere Empfänger staatlicher Leistungen, den Eltern mit der Geburt und der Erziehung eines „durchschnittlichen“ Kindes erzeugen. Man mag die Rechnung als solche sowie die Wortwahl als etwas geschmacklos empfinden; die Kommission jedenfalls kommt zum Schluss, „dass man für ein auskömmliches Leben im Alter entweder sparen oder Kinder zur Welt bringen und aufziehen muss“.

Jedoch wäre hier die Sache mit dem „Sparen“, sprich die „kapitalgedeckte“ Altersvorsorge kritisch zu beleuchten. Nach Suhr hängt die Rentenproblematik nämlich „auf eine bisher kaum durchschaute Weise mit dem Komplex ‚Geld, Monetisierung, Kapital‘ zusammen“. Dies zeige sich insbesondere in den fragwürdigen Hoffnungen, die an Kapitaldeckungskonzepte für die Rentenversicherung geknüpft werden. So könnten Kinderlose heute nicht nur ein Leben in Wohlstand führen und sich eigene Renten fürs Alter sichern, sondern obendrein noch anderweitig sparen – mit Obligationen, Aktien, Immobilien, Kapitallebensversicherungen.

Später erzeugen die Kinder von heute das konsumierbare Sozialprodukt. Daraus werden

dann sowohl die Sozialrenten als auch die großen Kapitalrenten für die Kinderlosen abgezweigt, also Zinsen, Renditen, Mieten und Kapitalzuwächse bei Versicherungen. Solche Kapitalien, angehäuft durch die Kinderlosen von heute, seien die direkten und indirekten Kinderschulden von morgen. Die Kapitalien selbst gehörten dann den Kinderlosen, und ihre Kapitalerträge blieben nochmals verschont von allen Solidarbeiträgen für die Eltern.

Kapitalgedeckte Altersvorsorge auf Kosten der Familien

Der Kinderlose erwerbe – dank Zins und Zinsezins – mit verhältnismäßig wenig Gegenwartsgeld unverhältnismäßig viel Zukunftsgeld. Und Zukunftsgeld, das sind Ansprüche an die Kinder. Geldvermögensbildung zur Alterssicherung läuft also ganz überwiegend darauf hinaus, dass soziale Asymmetrien zu Lasten der Familien und Kinder aufgebaut bzw. verschlimmert werden.

Letztlich geht es um die Forderung nach Überwindung eines laut Suhr verfassungswidrigen Geldsystems und damit um die Einführung eines „neutralen“ bzw. „fließenden“ Geldes, wie die INWO es propagiert. Erst dann wären kürzere Arbeitszeiten bei gleichem Lohn möglich, weil die Umverteilung von der Lohn- zur Kapitaleseite aufhört. Erst dann hätten berufstätige Mütter und Väter auch mehr Zeit für ihre Kinder.



Frank Bohner aus Stuttgart ist Berufsschullehrer und Referent für Fragen der Geld- und Bodenordnung.



Beate Bockting aus Münster ist Mutter eines vierjährigen Sohnes und arbeitet halbtags in einem Sekretariat. Sie ist Mitglied der FAIRCONOMY-Redaktion.



Diesbezüglich ist noch eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten. Zumal das heutige Geldsystem eine zentrale Ursache von Arbeitslosigkeit und Niedriglohnjobs auf der einen Seite und unbezahlten Überstunden aus Angst vor Jobverlust auf der anderen Seite ist. Ein Zustand, der auch in hohem Maße für die Ebbe in den Sozial- und Rentenkassen verantwortlich ist. Leider wird die Diskussion über die Rolle des Geldwesens von den Massenmedien noch nicht geführt.

Die Kurve zum Paradies

Es ist genug für alle da. Doch in unserer Wirtschaft laufen grundlegende Prozesse falsch. Wir brauchen ein innovatives Klima, um die Richtung zu ändern.

Seit seiner Vertreibung aus dem Paradies muss der Mensch wirtschaften, arbeiten, im Schweiße seines Angesichts sein Brot verdienen. Aber sogleich setzte das Lernen ein: Wie kann man es besser machen, schneller und bequemer? Er erfand das Rad und das Schmiermittel der Wirtschaft, das Geld. Das erlaubte eine bequeme Arbeitsteilung, jeder machte das, was er am besten konnte. Und die Menschen erfanden die Windmühlen, das Wasserrad, die Eisenbahn und die vollautomatische Fabrik.

Heute sind alle so genannten Industrienationen so reich wie noch nie. Die Arbeitsproduktivität, d.h. die durchschnittlich pro Arbeitsstunde produzierten Güter (Produkte und Dienstleistungen), ist enorm. Automaten- und Robotersysteme erledigen mehr und mehr Arbeit. Das sind eigentlich die ökonomischen Voraussetzungen, um das Paradies auf Erden fröhlich zu erneuern. Aber es sieht nicht so aus, als ob die Völker je die Kurve kriegen, die zu diesem Weg führt. Im Gegenteil, die Fahrt geht in die falsche Richtung:

Beispiele für die falsche Richtung

– Berichte über verzweifelte indische Baumwollbauern: Durch jährliche Subventionen von drei Milliarden Dollar an US-Baumwollfarmer liegt der Weltmarktpreis so tief, dass den indischen Bauern die Lebensgrundlage entzogen ist. Zudem werden sie von den Monsanto-Händlern mit falschen Versprechungen zum Kauf von teurem genverändertem Saatgut überredet. Zum Kaufpreis kommt noch eine unverschämte „Technologiegebühr“ von 71 Dollar pro Kilogramm (diese ist in den USA zehnmal kleiner).



Viele Bauern geraten so in die Schuldenfalle, aus der sie nicht wieder herauskommen. Sie können die Zinsen nicht bezahlen. Laut Tagesanzeiger vom 27.6.2006 sahen mindestens 6.000 Baumwollpflanzer in den letzten fünf Jahren keinen anderen Ausweg als den Suizid.

– Die Menschen werden immer mehr zur „Human Ressource“, zum beliebig disponiblen Produktionsfaktor, relativ teuer, also beliebtes Sparobjekt, etwa dann, wenn die Eigenkapitalrendite unbedingt von 17 auf 25 Prozent gesteigert werden muss. Das fordern die Investoren. Mit einigen tausend Entlassungen schafft man das. Die Verbleibenden haben Angst und werden krank, weil sich herumgesprochen hat, dass die Firma verkauft werden soll, und leider sei ein weiterer Personalabbau unumgänglich.

Denn der Kaufpreis sei überrissen und Investoren von irgendwoher wollen schliesslich eine anständige Rendite.

– Als Errungenschaft der Aufklärung, der Überwindung des Feudalismus steht in den demokratischen Verfassungen, dass jeder Bürger das Recht auf Eigentum hat. Aber die Realität macht dieses BürgerInnenrecht zur Farce: In den meisten Staaten haben 30 bis 50 Prozent der Bevölkerung kein Vermögen, aber 5 bis 10 Prozent verfügen über 70 bis 95 Prozent des gesamten privaten Vermögens. Und diese skandalösen Ungleichgewichte verschärfen sich Jahr für Jahr. Die 105 Milliardäre der Schweiz haben zusammen ca. 332 Milliarden Franken Vermögen (Ende 2005, „Bilanz“). Wenn man nur sechs Prozent Rentabilität annimmt, so „verdienen“ sie im Jahr 2006 rund 20 Milli-

arden, jeder im Durchschnitt 190 Millionen. Dagegen nehmen sich unsere arg gescholtenen 20-Millionen-Manager beinahe als Waisenknaben aus.

- Gleichzeitig sterben täglich 100.000 Menschen an den Folgen des Hungers (nach FAO) und 1,8 Milliarden Menschen verfügen über weniger als einen US-Dollar pro Tag (laut Weltbank).
- Trotz nie da gewesenem Reichtum fehlt überall das Geld, die Schuldenberge haben längst untillgbare Höhen erreicht. Und sie wachsen weiter, schön parallel zu den Vermögen, denn jeder Schuld steht ein Vermögen gleicher Höhe gegenüber. Also steigt und steigt auch die Zinsbelastung, vollumfänglich bezahlt von der arbeitenden Bevölkerung.

Schon diese kurze Aufzählung zeigt, dass grundsätzliche Wirtschaftsprozesse falsch laufen, sie verschlechtern die Lebensqualität einer Mehrheit zugunsten einer profitierenden Minderheit.

Es gehe uns doch sehr viel besser als vor 70 oder 90 Jahren, sagen viele und verharmlosen die genannten Tatbestände.

Ja, richtig, nach dem Zweiten Weltkrieg folgten einige Jahrzehnte erfreulicher Vollbeschäftigung, Löhne und Konsum stiegen an, auch die sozialen Einrichtungen wurden ausgebaut. Die individuellen Freiheiten waren grösser als heute, die Lebensplanung junger Leute hatte erfreulichen Spielraum, etwa in der Berufswahl, und die Auswahl von Arbeitsplätzen war beachtlich.

Die Wende begann in den 1970er-Jahren, in den 80er-Jahren stiegen die Arbeitslosenzahlen erstmals beängstigend an. Seit dem Zusammenbruch der kommunistischen Systeme lässt der Kapitalismus so richtig „die Sau raus“, unterstützt durch eine wissenschaftlich fragwürdige Mainstream-Ökonomie. Dabei steht die Welt vor einer enormen innovativen Herausforderung. In Kürze:

Die wichtigsten Aufgaben

- Energie: rasche Substitution der fossilen Brennstoffe
- Wasser: Zugangssicherung zu sauberem Trinkwasser für alle
- Hunger: Beseitigung
- Sozialsysteme: ökonomische Sicherheit von der Wiege bis zur Bahre
- Ökologie: massive Reduktion von Umweltbelastungen aller Art, Erhaltung der biologischen Artenvielfalt, der Tropenwälder

und Fischbestände, nachhaltiger Umgang mit Rohstoffen

- Menschenrechte: Durchsetzung

Mit einer Wirtschaft, die laufend Arbeitslose hervorbringt und die finanziellen Ressourcen nur dorthin steuert, wo kurzfristig die grössten Renditen anfallen, kann man diese Herausforderung nicht bewältigen.

Wir brauchen das Gegenteil: eine aufklärerische Aufbruchstimmung, ein innovatives Klima, ein Klima des ansteckenden Lernens, eine „Treibhausatmosphäre“ für Neues und Ungewohntes, mehr Anerkennung der Querdenker und Tabubrecher. Aufgerufen zum Mitdenken sind auch die Kulturschaffenden, die Geistes-, Sozial- und Naturwissenschaftler. Wissen ist auch immer Erinnerungsvermögen, Realitäten verstehen heisst auch, ihre historische Entstehung zu kennen.

Es muss ein langfristiges „Process-Reengineering“-Projekt für eine schrittweise Verbesserung des Wirtschaftssystems in Gang gebracht werden. Dabei ist zu beachten:

- Der Politik muss die benötigte Vormachtstellung zurückgegeben werden. Ein geeignetes Instrument scheint uns die Volksbefragung. Die Bevölkerung ist durchaus in der Lage, für eine bessere Zukunft vernünftige Ziele und Aufgaben der Wirtschaft auszuwählen, wenn die aufklärenden Vorarbeiten professionell ausgeführt und kommuniziert werden.
- Es gibt keine „vollständige“ Theorie der Wirtschaft in dem Sinne, dass bei deren Umsetzung die angepeilten Resultate tatsächlich erreicht werden. Also bleibt nur das experimentelle Vorgehen in kleinen Schritten, angefangen mit den viel versprechenden Ansätzen für die durch die langfristigen Zielsetzungen vorgegebene Stossrichtung (Paradies). Mit kurz- und langfristigem Controlling, d.h. Beobachtung und differenzierte Messung des Erreichten, um zu prüfen, ob man auf dem richtigen Weg ist. So entsteht – wohlverstanden im Auftrag des Volkes – ein in iterativen, sich wiederholenden Zyklen ablaufender Prozess.



Deutsch-schweizerisches Projektteam (oder auch Think Tank) der INWO – Tanja Rathgeber & Jakob Schneider

- Ein Projektteam (oder permanenter Think Tank) muss unabhängig und interdisziplinär zusammengesetzt sein, denn es geht nicht um eine „reine wertfreie Ökonomie“, sondern um gesellschaftspolitisch grundsätzliche Entscheidungen. Nebst Ökonomen (ohne neoliberale Scheuklappen) sollten Philosophen, Wirtschaftsethiker, Soziologen, Politologen, auch Medienschaffende mit dabei sein.
- Damit ist das gesamte Bildungswesen angesprochen. Während die aktuellen Reformen der Schulen und Hochschulen eher unter dem Motto stehen „Welche Arbeitskräfte braucht die Wirtschaft, um noch wettbewerbsfähiger zu werden?“, sollten junge Menschen schon bei ihrer Ausbildung die innovative Kraft kritisch-wissenschaftlichen Denkens gründlicher erleben. Nur so können überholte Lehrmeinungen überwunden werden. Das gilt vor allem für junge Ökonomen.

Es gibt also noch einiges zu tun, packen wir's an.



Dr. Walter Meier-Solfrian, Mathematiker, Autor des Buches „Globale neue Welt. Reformkonzepte für eine integrierte Wirtschaft“ (Orell Füssli 2000) und Mitglied des Beirats der INWO Schweiz.

Der Weg zu einer krisenfreien Marktwirtschaft

Vor allem in Wirtschaft und Politik sind die Menschen vom Geld und kurzzeitigem, egoistischem Konkurrenzdenken beherrscht. Das unterdrückt nicht nur „heilende“ Neuerungen. Es lässt auch das ehemalige Wirtschaftswunder-Land in mancher Hinsicht erschreckend verkommen. Die Missverhältnisse werden immer augenscheinlicher – und mit ihnen auch die Lösungsansätze.

Während die Ausgaben für die sozial Schwachen gekürzt werden, führt das heutige Zinseszinsystem zu einem exponentiellen Wachstum der Geldvermögen und gleichzeitig wachsen die Schulden – und damit auch die Zinslasten. Die hohe Verschuldung und die Arbeitslosigkeit sind zwar ein großes Problem, aber sie sind nur Folgen eines ungerechten und ineffizienten Systems, das die Kluft zwischen Reich und Arm vertieft. Die Geschichte lehrt uns, dass diese Entwicklung nicht beliebig lang durchhaltbar ist und letztlich immer in eine gesellschaftliche Katastrophe wie Wirtschaftsdepression, Hyperinflation, oder Krieg einmündet. Dennoch, die heutige Politik betreibt nur Symptombekämpfung, ohne die Wurzeln der Probleme anzurühren. Das entscheidende Kernproblem dürfte also das Umdenken sein, das die Entscheidungsträger zum richtigen Ändern des herrschenden Geld- und Steuersystems bewegt. Ein

rechtzeitiges Umsteuern durch die Akteure in Politik und Wirtschaft ist dringend notwendig. Die Ungerechtigkeit unseres Steuersystems ist groß. Die Steuerabgaben der Lohnempfänger könnte man ohne weiteres halbieren, wenn die anderen ihren bestehenden Verpflichtungen nachkommen würden. Das geltende Steuerrecht verleitet geradezu zur Steuerhinterziehung und zum umweltschädigenden Verhalten. Die Folge ist eine deformierte, ineffektive Marktwirtschaft. Statt die Arbeit zu entlasten und die knappen Rohstoffe und Energien zu verteuern, verfährt man umgekehrt.

Verbrauch statt Verdienst besteuern

Die Ausgangsgröße der Besteuerung sollte nicht das Verdienen, sondern das Verbrauchen sein. Dadurch werden wir von rücksichtslosen Verbrauchern wieder zu vernünftigen Gebrauchern der natürlichen Ressourcen. Ausgangspunkt sollte das gleiche Zugangs- und Nutzungsrecht aller Menschen an den Lebensgrundlagen sein, die uns von der Natur gegeben sind (nach einem Beitrag von Helmut Creutz in Vladimir Svitaks „Strukturen des Aufbruchs“). Eine Rohstoff- und Energiesteuer kann zudem als eine pri-

„Die zunehmende Zuspitzung der Weltkrise erfordert einen raschen Bewusstseinswandel und Aufbruch als Beginn einer friedlichen Denk- und Effektivitätsrevolution. Dies wird den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen, Hass, Fanatismus, Terror sowie Naturzerstörung und Abgestumpftheit überwinden, durch Gerechtigkeit, Nächsten- und Naturliebe und durch die Kraft zur Vergebung.“

Dr. Erhard Busek
Österreichs ehemaliger Vizekanzler

märe Schutzsteuer für Umwelt und Ressourcen angesehen werden.

Wie Boden, Luft, Wasser und Bodenschätze ist auch Geld ein Gemeinschaftsgut, zumindest wenn es seinen Zweck erfüllen soll. Wie die vorhandenen Güter muss auch Geld für jeden Menschen unter gleichen Voraussetzungen benutzbar sein. Wie die anderen Lebensgrundlagen darf auch Geld nicht von Einzelnen blockiert oder spekulativ missbraucht werden.

Zweifellos ist der mit dem Geld dokumentierte Anspruch auf eine Gegenleistung in Höhe der dafür erbrachten eigenen Vorleistung als Privateigentum zu sehen, nicht aber das dabei benutzte weitergebbare Dokument, also der Geldschein selbst. Als unverzichtbares Hilfsmittel für den Gütertausch vom Staat den Bürgern zur Verfügung gestellt, darf Geld darum, wie alle anderen öffentlichen Einrichtungen, der allgemeinen Nutzung nicht entzogen werden. Darüber hinaus darf Geld auch nicht zu einem Instrument gemacht werden, mit dem einige – auf Kosten anderer und dazu noch ohne eigene Leistung – Gewinne erzielen oder spekulieren können.



Um die Kaufkraft des Geldes zu erhalten, muss das Verhältnis zwischen Geldmenge und Leistungsmenge bzw. zwischen Nachfrage und Angebot in der Volkswirtschaft stabil gehalten werden. Denn ein Zuviel an Geld löst Inflationen aus und ein Zuwenig die noch gefährlicheren deflationären Rezessionen. Diese für die Währungsstabilität notwendige Mengensteuerung des Geldes ist jedoch nur möglich, wenn das staatlich zur Verfügung gestellte Tauschmittel in der Wirtschaft gleichmäßig kursiert. Deshalb muss die Blockade von Geld, wie bei anderen öffentlichen Einrichtungen üblich, durch Androhung von Kosten unterbunden werden, hier durch eine „Umlaufgebühr“ oder „Liquiditätsgebühr“, die sich lediglich auf die gehaltenen liquiden Nachfragemittel in Form von Bar- und Girogeld bezieht.

Auswirkungen der Umlaufgebühr

Aufgrund seiner Eigenschaften als liquides Gut und universell einsetzbares Zahlungsmittel ist das Geld heute allen anderen Gütern und der Arbeit überlegen, auch weil es Zinsen tragen kann. Da Geld im Gegensatz zu Gütern und der Arbeit keine Lagerkosten verursacht, kann es bei zu niedrigen Zinsen zurückgehalten werden. Mit der Umlaufgebühr, die auf die liquiden Bestände erhoben wird, würde eine solche Geldzurückhaltung jedoch mit Kosten verbunden sein. Unter dem Druck dieser Kosten müssen dann Banken oder Privatpersonen auch bei weiter sinkenden, sehr geringen oder gar keinen Zinsen ihr überschüssiges Geld verleihen. Auf diese Weise kann dem Geld seine heutige Überlegenheit am Markt genommen werden und die Zinspreisbildung – wie bei allen anderen Preisbildungen – ungestört durch Angebot und Nachfrage erfolgen.

Soziale und ökologische Folgen

Mit dem marktgerechten Absinken der Zinsen würden sich auch die heutigen zinsbedingten Einkommensumschichtungen von der Arbeit



zum Besitz nach und nach abbauen. Damit ginge die Polarisierung zwischen Arm und Reich zurück. Bedenkt man, dass die Geldvermögen heute dreimal rascher zunehmen als die Wirtschaftsleistung, die täglichen Zinsgutschriften der Banken an die Geldgeber bereits mehr als 980 Mio. Euro (358 Mrd. pro Jahr!) betragen und in jedem ausgegebenen Euro inzwischen nahezu 40 Cent Zinsen stecken, dann werden die Dimensionen der Umverteilung und der daraus resultierenden Gefahren erkennbar. Da diese ständig wachsenden Zinsströme nur aus der Wirtschaftsleistung zu bedienen sind, besteht heute zu Lasten von Mensch und Natur außerdem ein ständiger Zwang zum Wirtschaftswachstum.

Durch die Umlaufgebühr werden Wirtschaft und Konjunktur nicht mehr durch ein Zuviel oder Zuwenig an Geld verunsichert und gestört. Denn mit der Verstetigung des Geldumlaufs würden die Notenbanken zum ersten Mal in die Lage versetzt, das Geldgeschehen über Korrekturen der Geldmenge wirklich zu steuern. Dadurch wären Konjunkturschwankungen wirklich beherrschbar und die Menschheit eine Last los.

In unseren Tagen, die von zunehmenden Überschuldungen sowie wirtschaftlichen und sozialen Spannungen geprägt sind, würde ein solches Steuerungsmodell mit seinem Beitrag zu mehr Gerechtigkeit und zur Überwindung des Wachstumszwangs wesentliche Entspannungen bewirken – weniger weil es Leistung und Verdienst nicht mehr bestraft, sondern weil es vor allem Nicht-Leistung nicht mehr belohnt. Diese heute üblichen und ständig wachsenden Belohnungen der Nichtsleistenden über Zins und Bodenrenten widersprechen nicht nur unserer sonst vertretenen Auffassung von einer Leistungsgesellschaft, sie widersprechen auch unserem Grundgesetz.

Vladimir Svitak

Zum Autor

Vladimir Svitak (Jg. 1925), Diplom-Wirtschaftsingenieur, Manager in der CSSR, Unternehmens- und Politikberater in Deutschland. Svitak wurde als Direktor eines Staatsunternehmens in der damaligen CSSR wegen seiner „kapitalistischen“ Führungsmethoden abgesetzt. Im „Prager Frühling“ gründete er zunächst das Institut für Revision, Organisation und Führung, musste dann jedoch in die BRD flüchten. Hier gründete er 1970 ein internationales Dienstleistungs- und Fertigungsunternehmen, später ENERGOPLAN, ein Beratungsunternehmen. Von 1990 bis 1992 beriet er Minister und die ostdeutschen

Länder in Strategiefragen. Jetzt fördert er die Vernetzung und Stärkung der einzelnen Reformsbewegungen

Der Artikel ist entnommen aus „Das geschichtliche Erbe Europas lehrt uns die lebensentscheidenden Probleme zu lösen“ von Vladimir Svitak. Der vollständige Text (17 Seiten) kann auf Anfrage vom Autor direkt bezogen werden (gesellschaftsordnung@web.de). Svitaks Buch „Strukturen des Aufbruchs – von der Konkurrenzgesellschaft zur Solidargemeinschaft“ (Stuttgart, 2001) ist im Handel erhältlich.

Weitere Literatur

Helmut Creutz: Das Geldsyndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft.

Helmut Creutz: Die 29 Irrtümer rund ums Geld.

Margrit Kennedy: Geld ohne Zinsen und Inflation.

Klaus Popp: Das Märchen vom guten Zins – Auswege aufzeigen, Krisen verhindern mit FAIRCONOMY.

(siehe <http://www.INWO.de/Shop> und Seite 23)

Gleiches Recht für jede Arbeit

Würde der Staat auf die Besteuerung von Arbeitseinkommen verzichten, gäbe es keine Trennung mehr zwischen steuerpflichtiger Arbeit, Schwarzarbeit und Hobbytätigkeiten. Ohne staatliche Einmischung wäre es jedem selbst überlassen, wann und für wen er arbeitet und der Verdienst bliebe in vollem Umfang erhalten.

Dies hätte für die persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten der Menschen erhebliche Vorteile. Die Nutzung der eigenen Talente würde damit einfacher. Die durch den Staat aufrechterhaltene Trennung zwischen Unternehmern und Selbstständigen auf der einen Seite sowie Arbeitern und Angestellten auf der anderen Seite ist durch die Realität längst zur Farce geworden.

Voller Arbeitslohn für alle

Bereits Mitte der 1990er-Jahre ging man von einer halben bis einer Million so genannter Scheinselbstständiger aus. Viele von ihnen lebten und arbeiteten unter weit schlechteren Bedingungen als abhängig Beschäftigte, die die gleiche Arbeit verrichteten. Mittlerweile nennen wir sie „Ich-AGs“, Angestellte der eigenen Aktiengesellschaft. Ein Widerspruch, der danach schreit, das überkommene Verständnis unserer Arbeitsverhältnisse zu verändern. Die Trennlinie sollte nicht länger zwischen den verschiedenen Arbeitsverhältnissen gezogen werden. Diese künstlich durch das Steuerrecht erzeugte Differenzierung bedingt absurde Entwicklungen. Es ist an der Zeit, die Ungleichbehandlung der verschiedenen Arbeitseinkommen durch eine Befreiung von der Steuerlast zu beenden.

In der aktuellen Diskussion wird von vielen Autoren eine weitere Trennung von Arbeitswelten aufgebaut: Demnach existieren nebeneinander ein „marktwirtschaftlicher“, ein „staatlicher“ und der so genannte „dritte Sektor“. Nach diesem Ansatz, dessen wohl populärster Vertreter der Wissenschaftskritiker Jeremy Rifkin ist, werden im Produktionsbereich immer weniger Menschen beschäftigt.

Da aber nur in diesem „marktwirtschaftlichen Sektor“ das Geld erwirtschaftet wird, soll „ein möglichst großer Anteil des Produktivitätszuwachses vom marktwirtschaftlichen Sektor in den dritten Sektor übertragen“ werden. Davon soll dann gemeinnützige Arbeit bezahlt werden, die der Staat sich nicht mehr leisten kann. Rifkin geht davon aus, dass man das Herstellen eines Handys und das Pflegen einer Parkanlage grundsätzlich in produktive und nichtproduktive Arbeit aufteilen kann. Dieses irreführende Verständnis geht vor allem auf Karl Marx zurück. Dieser beschränkte seinen ominösen Mehrwert auf die Produktionssphäre. Nur hier könne das Kapital den Arbeitenden einen Mehrwert abpressen. Ein folgenschwerer Irrtum.

Das Kapital erpresst seinen Zins auch in menschenleeren Produktionshallen. Ebenso, wie es seinen Zins bekommt für eine Brücke oder ein Pflegeheim. Ausschlaggebend ist nicht die Art, sondern das Zustandekommen einer Nachfrage nach der Dienstleistung oder dem hergestellten Produkt. Entscheidend ist auch nicht, ob die Nachfrage kollektiv oder individuell finanziert wird. Von Bedeutung ist allenfalls, wie die Kaufkraft verteilt ist und wie hoch die Preise durch Steuern und Zinsen belastet werden. Wichtig für die Entwicklung der Kaufkraft, doch oft unterschätzt, ist die Verteilung des Produktivitätszuwachses. Solange dieser in wachsendem Maße den Kapitalbesitzern zufließt, landet er zunehmend in Kassen ohne Bedarf. Überschüssiges Geld wird zur Spekulation verwendet. Es kommt dann zu Nachfrageausfällen in den Sektoren des täglichen Lebens wie Gesundheitsversorgung, Bildung, Kultur oder die Pflege des Lebensumfelds.



Arbeit für alle

Wenn die Kaufkraft aller Bürger in der FAIRCONOMY zunimmt, werden sie die Angebote des „staatlichen Sektors“ und des so genannten „dritten Sektors“ privat nachfragen. Diese Tätigkeitsfelder werden damit produktiv und die staatliche Subventionierung überflüssig. Der entscheidende Impuls für einen gesellschaftlichen Wandel besteht darin, dass die Arbeitsleistung einen neuen Stellenwert erhält. In der Konkurrenz zum Kapital und damit insbesondere zur industrialisierten Produktion sowie zum Energie- und Rohstoffeinsatz wird die menschliche Arbeit in der postkapitalistischen Gesellschaft billiger und damit stärker nachgefragt.

Auszug aus **Klaus Popp: „Das Märchen vom guten Zins.“** Signum Verlag 2006, 180 Seiten, 11 Grafiken, 19,90 €. **Versandkostenfrei** erhältlich unter <http://www.INWO.de/Shop> oder mit dem Bestellschein auf Seite 23.



Klaus Popp aus Düsseldorf ist Referent der INWO Deutschland. Er ist außerdem als Autor und im Bildungsbereich tätig.

Energiefrage – Umsteuern

„Energie statt Arbeit besteuern“ – ein guter Slogan, der auch immer häufiger zu hören ist. Soll die Energie noch teurer werden? Sind täglich steigende Ölpreise und die geplante CO₂-Abgabe noch nicht genug? Die Antwort darauf lautet nach geltendem Recht: „Besteuerung nach dem Grundsatz der Leistungsfähigkeit“.

Demnach müsste also die Energie gegenüber der Arbeit leistungsfähiger sein, wollen wir die Forderung „Energie statt Arbeit besteuern“ aufrechterhalten! Was ist nun aber mit Leistungsfähigkeit gemeint? Sie ist der Anteil zur Gesamtwertschöpfung eines Endproduktes, der von den Produktionsfaktoren Energie oder Arbeit beigesteuert wird.

Am Beispiel Energie soll nachfolgend aufgezeigt werden, dass unsere viel gerühmte Marktwirtschaft krasse Mängel hat: Man spricht auch von regelrechtem Marktversagen. Andererseits soll auch auf das dringende Bedürfnis einer Steuerreform als Begleitmassnahme einer Geld- und Bodenreform hingewiesen werden.

Bis heute werden vor allem die Faktoren Arbeit, Kapital und Boden aus der präindustriellen Zeit (in der Tradition von Adam Smith) zur Erklärung des Produktionsprozesses herangezogen. Erst in neuerer Zeit werden diese klassischen Faktoren mit zwei bis drei neuen Faktoren ergänzt: natürliche Ressourcen, Wissen und Energie (u. a. Universität St. Gallen). Letzterer ist umso wichtiger, weil der Energie in der Wertschöpfung ein immer grösseres Gewicht (sog. Produktionsmächtigkeit) zukommt.

Vielsagende Anteile einzelner Produktionsfaktoren

Gemäss einer Untersuchung eines interdisziplinären Teams aus Ökonomen und Physikern (Brunnhuber/Grahl: Jenseits des Wachstumszwangs) ist der Anteil der einzelnen Produktionsfaktoren an der gesamten Wertschöpfung wie folgt aufgeteilt: Energie 41%, Kapital 33%, Arbeit (Routine) 12% und menschliche Kreativität (Wissen) 14%. Boden und natürliche Ressourcen werden dabei unter Kapital und Energie subsumiert. Dies bedeutet, dass die Energie für das Generieren einer zusätzlichen Wertschöpfung mehr als dreimal produktiver ist als die Arbeit.

Wenn man nun nach Leistungsfähigkeit besteuern würde, müssten sich diese Verhältnisse entsprechend auf die Produktionskosten auswirken. Dem ist jedoch nicht so. Aus der Produktionsstatistik in den westlichen Industrienationen weiss man, dass im Durchschnitt auf Arbeit 65%, auf Energie 5% und auf Kapital und Boden 30% der Produktionskosten entfallen. Damit stehen die Produktionskosten Arbeit und Energie in einem krassem Missverhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit.

Als Beispiel wird bei einer Erhöhung des Energieeinsatzes um 10% die Wertschöpfung um 4,1% ansteigen, die Kosten jedoch nur um 0,5%. Dieselbe Erhöhung bei der Arbeit ergibt eine Steigerung der Wertschöpfung um 1,2% bei einer Kostenzunahme von 6,5%. An diesem Beispiel ist einfach erkennbar, wieso die Arbeit und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen bei zukünftigen Investitionsüberlegungen fast ausschliesslich den Kürzeren zieht.

Der besondere Produktionsfaktor Kapital

Eine spezielle Stellung nimmt der Produktionsfaktor Kapital ein. Zwar entsprechen seine Kosten in der Realwirtschaft in etwa der Leistungsfähigkeit im Sinne der klassischen Wertschöpfungstheorie, im eigentlichen Sinne aber entsprechen sie einem Einkommen ohne Leistung. Reformvorschläge dazu sind der freiwirtschaftlichen Literatur zu entnehmen.

Zurück zum Eingangsthema Umsteuern: Gemäss dem Grundsatz der Besteuerung müssten die Produktionsfaktoren also entsprechend ihrer Mächtigkeit (Energie 41%, Arbeit 12-26%, Kapital 33%) zur Verteilung des gesellschaftlichen Volkseinkommens und zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben herangezogen werden. Die Verteilung des gesellschaftlichen Volkseinkommens vollzieht sich für eine Mehrzahl der Bevölkerung rein über die Arbeit (Löhne und Gehälter mit 2/3 des Volkseinkommens). Die Einnahmen aus Energie und Kapital sind einigen wenigen vorbehalten, also besteht auch hier ein krasse Ungleichgewicht bei der Verteilung von über einem Drittel des Volkseinkommens.

Bei der Finanzierung der öffentlichen Hand über direkte und indirekte Steuern (Einkommens- und Verbrauchssteuern) tragen ebenfalls die Lohnempfänger die Hauptlast von weit über 50%. Das heisst: Ein fundamentales Ungleichgewicht im Beitrag der einzelnen Produktionsfaktoren Arbeit, Energie und Kapital zur Finanzierung der Gemeinschaftsaufgaben sorgt für schwere Krisenerscheinungen im Arbeitsmarkt, im Sozialsystem und bei der Staatsverschuldung.

Pierre Güntert

1. FAIRCONOMY-Jugendcamp

Vom 2.-6. August fand in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal mit 16 hochmotivierten Teilnehmern das 1. FAIRCONOMY-Jugendcamp statt. Ziel der gemeinsamen Veranstaltung der INWO und des Freiwirtschaftlichen Jugendverbandes (FJVD) war es, junge Erwachsene für die freiwirtschaftlichen Themen zu begeistern.

Erstaunlicherweise hatten die meisten vorher noch keinen näheren Kontakt zur INWO oder befreundeten Organisationen und wollten das Camp nutzen, um sich einen ersten Eindruck zu verschaffen. Allerdings stellte sich während des Lagers heraus, dass viele thematisch doch schon ganz fit waren – dank Internet und diverser Literatur. Sieben Teilnehmer wurden allein durch die INWO-Internetseite auf das Camp aufmerksam; weitere sind über die Zeitschrift der Humanwirtschaftspartei darauf gekommen oder durch Mundpropaganda. Mit gut einem Drittel war die Anzahl der Teilnehmerinnen erfreulich hoch.

Gleich in der ersten Nacht haben die Teilnehmer bis morgens um 5.30 Uhr Tischtennis gespielt und dabei über Geld und Wirtschaft diskutiert. Wer dachte, das würde sich in den nächsten Tagen legen, hatte sich getäuscht, denn auch am vierten Abend ging der Letzte erst um 6 Uhr früh ins Bett. Also, wenn das FAIRCONOMY-Angebot so fesselnd ist, was will man mehr?

Die Referenten Werner Onken, Fritz Andres und Bernd Senf regten mit ihren Vorträgen an zu intensiven Diskussionen über die Geld- und Bodenreform, über die Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus, über die Zusammenhänge zwischen Bodenreform und Klimaproblematik oder über die Auswirkungen des Zinses auf Gesellschaft, Umwelt, Wirtschaft, den Staat und die Dritte Welt.

Damit bei dem Camp auch der spielerische Aspekt nicht zu kurz kam, haben kleine Spiele in den Pausen neuen Schwung gebracht. Voller Erwartung waren die Teilnehmer auf den Höhepunkt des spielerischen Teils, die

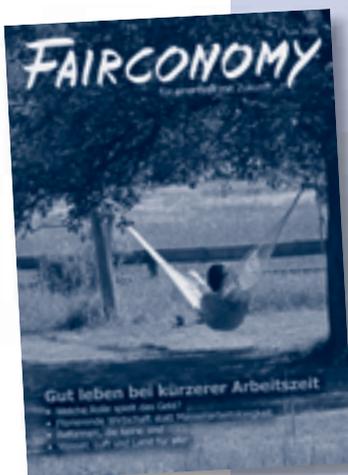


„FAIRCONOMY-Schatzsuche“ – und diese wurde nicht enttäuscht. Viele bunte Leuchtstäbe im dämmerigen freiwirtschaftlichen Wald forderten zu einem Rätselspaß der besonderen Art heraus. Und allen Befürchtungen zum Trotz – es hat sich niemand verirrt und der Drache hat den Schatz nach dem Aussprechen des richtigen Lösungssatzes herausgegeben!

Leider war das Wetter so unbeständig, dass die Feier am letzten Abend nicht im Freien stattfinden konnte. Kurzerhand wurde deshalb der Vortragsaal zum Festraum umfunktioniert und Bernd Senf hat mit seiner Gitarre eine einzigartige Atmosphäre geschaffen – auch ganz ohne Lagerfeuer. Außer Liedern wurde bei einer köstlichen „Freiwirtschaftlichen Zauberbowl“ lustigen Geschichten und Witzen gelauscht, so dass der letzte Abend sehr stimmungsvoll zu Ende ging.

Besonders haben natürlich die erstklassige Verpflegung von Andreas Bangemann und die schönen Räumlichkeiten der Tagungsstätte zu der tollen Atmosphäre beigetragen. Und so wird es ganz gewiss nächstes Jahr wieder heißen: Auf zum FAIRCONOMY-Jugendcamp!

Tanja Rathgeber



Neuaufgabe der FAIRCONOMY für Einsteiger

Neben der regulären Ausgabe der INWO-Zeitschrift FAIRCONOMY ist in den vergangenen Wochen auch eine Neuaufgabe der FAIRCONOMY Nr. 1 entstanden. Ein spannendes Quiz wurde eingebaut, einige Artikel überarbeitet und die Informationen rund um Regionalgruppen, Angebote und Service der INWO auf den neusten Stand gebracht. Vor allem Einsteiger finden darin grundlegenden Informationen und Anregungen.

Die Erstauflage von 45.000 Exemplaren war innerhalb nur eines Jahres vergriffen. Eigentlich hatten wir damit gerechnet, dass sie zwei Jahre reicht. Die Rückmeldungen waren

fast durchweg positiv bis überschwänglich – für viele ist die FAIRCONOMY Nr. 1 das bisher beste INWO-Material. Finanziert wurde sie übrigens aus den Einnahmen der Spendenaktion 2004. Dafür an dieser Stelle noch mal allen Spendern herzlichen Dank. Es hat sich gelohnt!

Damit die nächsten 30.000 Stück ebenso schnell unter Volk kommen, bieten wir wieder den 10-er Pack zum Verteilen bei Freunden, Bekannten und Interessenten für nur 1,50 Euro Versandkosten an. Sorgen Sie gemeinsam mit uns dafür, dass nach und nach möglichst viele die Idee der FAIRCONOMY kennenlernen!

Bestellmöglichkeiten finden Sie auf Seite 23 oder unter <http://www.INWO.de/Shop>.

Birkenwerder-Tagung: „Löst das Geld die Gemeinschaften auf?“

So lautete der Titel des 11. gemeinsamen Seminars von INWO und CGW vom 25. bis 28. Mai 2006 in Birkenwerder bei Berlin, unter der bewährten Leitung von Werner Onken. Der Bogen der Vorträge holte weit aus: Das Bild des Menschen im Spiegel der Sozialordnung – eine Anregung zum Nachdenken: Haben wir die Sozialordnung, die unserem Menschenbild entspricht? Was ist unser Menschenbild?

Ein Grundthema war „Der Boden – Handelsobjekt oder gemeinschaftliche Grundlage freier Daseinsgestaltung“. Die Arbeitsgruppen beschäftigten sich mit „Bodenreform und Frieden“ (Fritz Andres) und „Kyoto als Sackgasse der Klimapolitik – zur Parallele zwischen handelbarem Bodeneigentum und Emissionsrechtehandel“ (Roland Geitmann).

Höhepunkt des Abends mit den Beiträgen der Teilnehmenden war der Vortrag von Dr. Gerhardus Lang, der in tief-sinnig heiteren Assoziationen über Merkur und Mercurius, auch bekannt als Quecksilber, berichtete. Karin und Rainer Hanemann berichteten über ihre Aktivitäten in Jena. Dabei verwiesen sie insbesondere auf die Verdienste von Ernst Abbe im Zusammenhang mit den Jenaer Glaswerken. Nur zwei Beispiele aus der Vielzahl der angebotenen Beiträge.

Am Samstag machte Fritz Andres unter dem Titel „Der Generationenvertrag – Gemeinschaft oder Krieg der Generationen?“ deutlich, dass erst durch die Einbindung aller drei Generationen eine wirkliche Gemeinschaft entstehen kann, die auch über Tauschverhältnisse hinausgeht. Vortrag und Gespräche über „Unternehmensverfassung“ zeichneten einen Umriss zukünftiger Unternehmensgestaltung, die durch Teilhabe der abhängig Beschäftigten an „ihrem“ Unternehmen eine ganz andere Zusammenarbeit aller Menschen in einem Unternehmen ermöglicht.

Der Sonntagvormittag war dem umfassenden Thema „Der Staat – Garant des Rechts oder Arena des Interessenkampfes?“ gewidmet – komprimiert in der Formel: Nur der Staat darf Macht haben, sie darf nicht privat sein, nur so kann ein Ausgleich der Interessen gelingen. Die Gemeinschaftsbildung braucht die Begegnung unter Gleichen – dies könnte man das Leitmotiv der Tagung nennen.

Alwine Schreiber-Martens

attac-Sommerakademie – Wissen ist möglich!

Mit ihrem neuen 1. Vorsitzenden, Prof. Wolfgang Berger, war die INWO Deutschland auch auf der diesjährigen attac-Sommerakademie Anfang August in Karlsruhe vertreten. Der Titel seines Workshops lautete: „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“.

Der kleine, auf 20 Personen ausgelegte Raum war mit ca. 80 Besuchern brechend voll. Damit war der Workshop einer der bestbesuchten der ganzen Sommerakademie. Offenbar wird die Bedeutung des Themas auch unter attac-Mitgliedern zunehmend erkannt.

Bergers Vortrag kam sehr gut an, es gab immer wieder interessierte Zwischenfragen. Die vorgegebenen anderthalb Stunden wurden um eine Dreiviertelstunde überzogen, was niemanden störte, obwohl draußen das Abendessen wartete. Auch die ausgegebenen Interessentenlisten waren schnell gefüllt. Kornelia Halach hatte außerdem an zwei Abenden einen INWO-Büchertisch aufgebaut, der ebenfalls gut besucht wurde.



Pressespiegel

Nach der größten Steuererhöhung stand auch ein neuer Schuldenrekord auf dem Programm des Bundestags. Die **BILD**-Zeitung bringt es am 19.06.2006 ungewöhnlich deutlich auf den Punkt: „Vor allem steigende Zinsen reißen neue Milliarden-Löcher in den Etat!“ Wieder fällt der Bundesetat nicht verfassungsgemäß aus, da die 38,5 Milliarden Euro neue Schulden die Investitionen übersteigen. Was vorher angeprangert wurde, macht nun auch die Große Koalition nicht anders. Immerhin macht Carsten Schneider (SPD) in der Sächsischen Zeitung darauf aufmerksam, dass die Nettokreditaufnahme allein fürs Zahlen der Zinsen der Vergangenheit nötig ist.

Erst berichtet der **Stern** am 27.07.2006 online über „Kinderarmut: Die Wahrheit ist viel schlimmer“. Dann titelt der SPIEGEL „Kinder sind so reich wie nie“. Auch bei den Kleinsten werden die Unterschiede immer größer: „Derzeit leben in Deutschland rund 2,5 Millionen Kinder bis 18 Jahre auf Sozialhilfeniveau, wie der Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, Heinz Hilgers, der Nachrichtena-

agentur AP mit Verweis auf eine Statistik der Bundesagentur für Arbeit sagte. Im Jahr 2004 waren es noch etwa 1,1 Millionen.“ – so die bedrückenden Fakten aus dem Stern. Und nun die andere Seite: Laut **SPIEGEL online** vom 01.08.2006 verfügt jedes Kind im Alter von sechs bis 13 Jahren in Deutschland durchschnittlich über 1006 Euro. Insgesamt haben die 5,84 Millionen Kinder demnach ein Vermögen von fast 6 Milliarden Euro. Der Präsident des Kinderschutzbundes stellt im Stern fest: „Die Schere zwischen wohlhabenden und armen Kindern geht immer weiter auseinander.“

Die **Süddeutsche Zeitung** berichtet am 15.08.2006 über die neuen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Danach hat sich die deutsche Wirtschaft im Frühjahr so gut entwickelt wie seit fünf Jahren nicht mehr. Für das zweite Quartal 2006 wird ein Wachstum von fast einem Prozent ausgewiesen. Das weckt bei den Experten Hoffnungen: „Die vorsichtigen Prognosen für das Gesamtjahr werden nun nach oben revidiert. Bislang rechnet die

Bundesregierung für 2006 nur mit 1,6 Prozent Wachstum. Die meisten Volkswirte hatten bislang ein Wachstum von knapp unter zwei Prozent vorhergesagt und erwarten nun, dass die Zwei-Prozent-Marke überschritten wird.“ Doch warum wird bei diesen Aussichten weiter um jeden Cent gefeilscht? Warum dauert es Monate, bis ein neuer Tarifvertrag für die Ärzte an kommunalen Kliniken vereinbart wird? Wieso drohen auch in anderen Branchen Streiks, wenn dank mehr Wirtschaftsleistung auch wieder mehr Geld zum Verteilen vorhanden ist? Oder gibt es trotz Wirtschaftswachstum etwa gar nichts zu verteilen? Antworten bietet die FAIRCONOMY!

Die Links zu den Artikeln und weitere aktuelle Einträge finden Sie unter:
<http://www.INWO.de/Presse>.

Berliner „Arbeitsgemeinschaft Freiwirtschaft“: 13 Jahre alt und online



Seit 1993 gibt es die AG innerhalb der Berliner Gesellschaft zum Studium sozialer Fragen e.V. (BGSSF e.V.). Sie ist getragen vom ehrenamtlichen Engagement ihrer Mitglieder Ansprechpartner für freiwirtschaftliche Fragestellungen und kümmert sich speziell um Beschaffung, inhaltliche Erschließung und öffentliche Bereitstellung freiwirtschaftlicher Materialien. Mit kontinuierlichen Spenden und großzügigen Materialgeschenken ist inzwischen eine der größten, öffentlich zugänglichen Freiwirtschafts-Sammlungen im deutschsprachigen Raum entstanden. Neben Ausleihe vor Ort und Fernleihe ist es nun auch möglich, die umfangreichen Archivbestände der AG Freiwirtschaft komplett katalogisiert einzusehen – online unter <http://www.bibliothekderfreien.de/fw.html>.

AG Freiwirtschaft in der BGSSF e.V.
c/o Markus Henning, Kantstr. 23, 10623 Berlin. Telefon: (030) 13133433, E-Mail: Freiwirtschaftsarchiv@BibliothekderFreien.de.

Bibliothek der Freien
Anarchistische Bücherei im Haus der Demokratie, Raum 1102. Greifswalder Str. 4, 10405 Berlin. Öffnungszeiten: Fr., 18-20 Uhr.

Termine

23.-24.09.2006

Fulda bei Kassel, Reinhardswaldschule
Tagung

Kontroverse um die Geldschöpfung

mit Helmut Creutz, Bernd Striegel,
Prof. Dr. Bernd Senf (FHW Berlin),
Gerhard Waterstradt (GLS-Gemeinschaftsbank),
Prof. Dr. Peter Rühmann (ehm. Uni Göttingen)
Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft,
Postfach 1550, 37145 Northeim
Telefon: +49 (0)5503 805389
Fax: +49 (0)5503 805394
E-Mail: SG.Lindner@t-online.de

25.09.2006, 10-20 Uhr

Stuttgart, Büchsen-/Kronprinzenstr.

Zinsbomben-Aktion

E-Mail: WoistunserGeld@INWO.de

26.09.2006, 19.30 Uhr

Daun/Eifel, Geschwister-Scholl-Gymnasium
Vortrag & Diskussion

Wo ist unser Geld?

mit Prof. Wolfgang Berger

28.-29.09.2006

Weimar, Bauhaus-Universität
Internationale Fachtagung

„Monetary Regionalisation“

Regionalwährungen als Katalysatoren einer
endogenen Regionalentwicklung
E-Mail: regioprojekt@archit.uni-weimar.de
Telefon: +49 (0)3643 583923

30.09.2006, 18.30 Uhr

Stuttgart, Universität Mitte
Haus K1, Keplerstr. 11, Hörsaal M 11.62
Vortrag & Diskussion

Wo ist unser Geld?

mit Prof. Wolfgang Berger

30.09.-01.10.2006

Weimar, Bauhaus-Universität

4. Regiogeldkongress

<http://www.regiogeldkongress.de>
E-Mail: regioprojekt@livingcity.de
Telefon: +49 (0)3643 58392

17.10.2006, 20 Uhr

Köln, Am Rinkenpfehl 31
Vortrag & Diskussion

Demokratie & Wirtschaft neu denken

mit Buchautor Dr. Werner Peters
INWO Köln in Zusammenarbeit mit dem
Friedensbildungswerk
E-Mail: Koeln@INWO.de

30.-31.10.2006

Götzis/Österreich, Bildungshaus St. Arbogast

1. Internationaler Vorarlberger Z(w)eit-Geld-Kongress

u.a. mit Prof. Lietaer
<http://tauschkreis.net/ttkv>
Telefon: +43(0)5523 625010

03.-05.11.2006

Wangen im Allgäu, Freie Waldorfschule

Treffen der deutschsprachigen TauschSysteme

OrgaTeam TdTS2006, Zangmeisterstr. 30,
87700 Memmingen
Telefon: +49(0)8331 985312
E-Mail: TdTS2006@web.de

INWO-Mitgliederversammlung 2007

Ein Termin, den Sie sich vormerken sollten:
Vom 30. März bis 01. April 2007 findet die
nächste Mitgliederversammlung der INWO
Deutschland statt. Ort des Treffens ist die
Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal. Neben
der Versammlung erwarten Sie Einblicke in die
Arbeit der INWO, weitere interessante Pro-
grammpunkte, eine ruhige, idyllisch gelegene
Unterkunft und beste Verpflegung.

Informationen zu Anfahrt, Kosten & Buchung
gibt es online unter <http://www.INWO.de/SGT>.
Die Tagungsstätte ist auch per Post (Schanzen-
weg 86, 42111 Wuppertal), telefonisch (02053-
423766), per Fax (02053-423799) und E-Mail
erreichbar (ab@silvio-gesell-tagungsstaette.de).

Wir freuen uns auf zahlreiche Teilnehmer!

10.-12.11.2006

Wuppertal
FAIRCONOMY-Seminar

Grundlagen und Perspektiven einer zu- kunftsweisenden Wirtschaftsordnung

mit den Buchautoren Helmut Creutz & Klaus Popp
E-Mail: INWO@INWO.de
Telefon: +49 (0)211 304105

12.11.2006, 9 Uhr

Schwarzwald, Zell am Harmersbach
Vortrag & Diskussion

Wo ist unser Geld?

mit Prof. Wolfgang Berger
<http://www.implosion-ev.de>
E-Mail: KlausRauber@gmx.de
Telefon: +49 (0)7835 5353

14.11.2006, 19.30 Uhr

Jena, Melanchthonhaus, Hornstr. 4

Dia-Vortrag & Diskussion

Aus der Geschichte lernen – Wirtschafts- und Kulturblüte im Mittel-al- ter durch umlaufgesichertes Geld

mit Georg Otto (Veranstaltungsreihe
„Zukunftsfähige Gesellschaft“)
E-Mail: JAK-ZG@gmx.de
Telefon: +49 (0)3641 602700

24.-26.11.2006

Berlin, TU, Kongress

Wie Wollen Wir Wirtschaften?

Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus
mit internationalen ReferentInnen und Gästen
<http://www.solidarische-oekonomie.de>

01.-03.12.2006

Wuppertal

FAIRCONOMY-Seminar

mit Prof. Wolfgang Berger & Klaus Popp
E-Mail: INWO@INWO.de
Telefon: +49 (0)211 304105

08.-10.12.2006

Berlin

Antisemitismus-Seminar

u.a. mit Werner Onken
E-Mail: INWO@INWO.de
Telefon: +49 (0)221 304105

08.-10.12.2006

Wuppertal

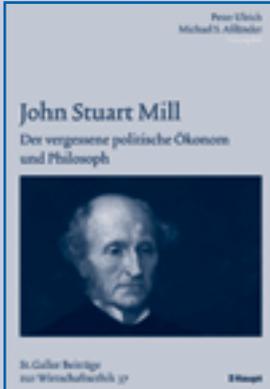
FAIRCONOMY-Spiele-Workshop

Die Themen Geld- und Bodenreform mal spielerisch
angehen – Gelegenheit zum Vorstellen von Spielen al-
ler Art, Entwickeln, Mitspielen, Anschauen. Organisiert
nach der Open Space-Methode mit Peter Bauer.
E-Mail: Jugendcamp@INWO.de
Telefon: +49 (0)721 9431437

**Schriftliche Anfragen richten Sie bitte an:
INWO e.V., Klaus Popp, Blasiusstr. 63,
40221 Düsseldorf, Deutschland.
Fax: (09502) 924810**

**Viele weitere Details & Veranstaltungen
finden Sie im Internet unter
<http://www.INWO.de/Termine>.**

Buchvorstellung



Peter Ulrich,
Michael S. Abländer (Hrsg.):
John Stuart Mill.
Der vergessene politische Ökonom und Philosoph.
St. Galler Beiträge zur Wirtschaftsethik 37, Haupt, 2006,
286 Seiten, 58 SFr. / 38,50 €

Rechtzeitig auf den 20. Mai 2006, dem 200. Geburtstag von John Stuart Mill (1806-1873), ist dieses vorzügliche Gemeinschaftswerk von neun Philosophen, Ökonomen und Wirtschaftsethikern erschienen.

1848 war ein ganz herausragendes Jahr: ... Marx und Engels publizierten das Kommunistische Manifest – und J. St. Mill sein ökonomisches Hauptwerk Principles of Political Economy. Unter dem Einfluss von Adam Smith befürwortet Mill die freie Marktwirtschaft. Gegen staatliche Eingriffe war er zutiefst misstrauisch.

„Mill, der die Auswirkungen einer privatkapitalistischen Marktwirtschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts bereits deutlicher sehen konnte als Smith achtzig Jahre zuvor, konnte seine Augen nicht vor einer Realität sozialen Elends, Arbeitslosigkeit, monopolistischer Machenschaften etc. verschliessen“. Er „sah die Probleme, die sich bei einer ungebremsst freien Marktwirtschaft ergeben müssten“.

Mills Liberalismus heisst individuelle Freiheit der Bürger und Bürgerinnen, immer auch verbunden mit Verantwortung gegenüber der Gemeinschaft; heisst vor allem auch Gerechtigkeit, etwa der Güterverteilung, gleiche

Startchancen und Gleichberechtigung. Mill setzt sich, ein Novum zu seiner Zeit, vehement für die Gleichberechtigung der Frauen ein und betont auch die Rechte der Kinder.

Ausführlich und differenziert geht Mill auf die grundsätzlichen Aspekte einer gerechten Güterverteilung ein: „Da das wesentliche Prinzip des Eigentums darin besteht, jedem das Produkt seiner Arbeit und die Früchte seiner Sparsamkeit zu sichern, kann dieses Prinzip keine Anwendung finden auf das, was nicht Arbeitsprodukt ist, den natürlichen Grund und Boden“. Denn die Landbesitzer „werden reicher im

Schlaf, ohne zu arbeiten, ohne ökonomisches Risiko“. Trotz Skepsis gegenüber der Staatsmacht, soll der Staat die Freiheit der Bürger, ihr Eigentum, auch die Schätze der Natur, die Wälder, die Gewässer schützen (Mill war auch ein Grüner!) und die Nutzung der Bodenschätze regulieren.

Diese Zukunftsfähigkeit der Mill'schen Ökonomie verlockt zur Folgerung: Die liberal-sozialen Revolutionen von 1848 müssen so rasch als möglich global wiederholt werden!

Walter Meier-Solfrian



Im connection Shop:

Die gläubigen Schuldner

von Yoshi Frey

Über die spirituellen Gründe des Geldwahns, von Schulden und Schuldenverstrickung. Mit einem Vorwort von Prof. Margrit Kennedy.

14,80 €

Probieren Sie unser **connectspirit** Schnupperabo für 9,90 €! *

connection Medien GmbH • Tel: 0 86 39-98 34 0 • Fax: 0 86 39-12 19
vertrieb@connection.de • www.connection.de

* Europäisches Ausland: 12 €. Das Schnupperabo verwandelt sich automatisch in ein Jahresabo, wenn Sie nicht vor Erhalt des dritten Heftes kündigen.

Konkretisierte Visionen am anderen Ende der Welt

Während die INWO einen Schreibwettbewerb vorbereitet, planen die Equilibristen für die andere Seite der Erde in etwas größeren Dimensionen. Der ganzheitliche Ansatz des Vereins soll – inklusive einer neuen Geld- und Bodenordnung – in Französisch-Polynesien umgesetzt werden – zunächst in einem Roman, später auch in der Wirklichkeit.



Equilibristen-Delegation beim Umweltminister Französisch-Polynesiens (v.l.n.r.): Volker Freystedt, Dirk Fleck, Minister Georges Handerson und Eric Bihl

Ende Mai haben sich Eric Bihl, Volker Freystedt und Buchautor Dirk Fleck auf den langen Weg in den südlichen Pazifik gemacht, um für einen ganz besonderen Roman zu recherchieren. Darin wird beschrieben, wie sich Französisch-Polynesien in den nächsten zwei Jahrzehnten weiterentwickelt – ganz im Sinne des Equilibrismus. Am Beispiel der möglichen Zukunft auf den 118 Inseln und Atollen entsteht ein erstes realistisches Gesamtbild, das zeigt, wie sich die Konzepte auswirken. Damit sollen Denkblockaden gelöst werden, die nach Meinung der Equilibristen vor allem beim Befassen mit Teilreformen unseres gesellschaftlichen Systems auftreten.

Dank monatelanger intensiver Vorbereitungen konnte in nur zwei Wochen eine große Menge an Informationen gesammelt werden. Dabei stießen die Equilibristen immer wieder auf Details, die bestätigen, dass Französisch-Polynesien die richtige Wahl für einen Modell-

versuch ist – quasi ein Mikrokosmos, der alle gesellschaftlichen Probleme und gleichzeitig die Lösungsmöglichkeiten in überschaubarem Maßstab widerspiegelt. Etwa 260.000 Menschen leben dort. Im Ballungszentrum Papeete sind die Probleme nicht zu übersehen: vom Verkehrsinfarkt über Umwelterstörung bis hin zu sozialen Missständen. Dazu gesellen sich enorme Energiekosten, eine unverhältnismäßig hohe Einfuhrquote und die Abhängigkeit von europäischen Subventionen.

Das Konzept des Equilibrismus verfolgt einen ganzheitlichen Ansatz. Danach müssen die existentiellen globalen Probleme im sozialen, politischen und ökologischen Bereich in einem Gesamtzusammenhang gesehen werden.

Nur so können nach Meinung der Equilibristen nachhaltige Lösungswege gefunden werden.

Dieser Beitrag liefert ein interessantes Beispiel für die verschiedenen Wege, die die INWO und befreundete Organisationen auf dem Weg zu einer gerechteren Welt beschreiten.

<http://www.equilibrismus.de>

Dabei liegen die Lösungsmöglichkeiten direkt vor der Haustür. Sämtliche Grundbedürfnisse wie Nahrung, Wohnen, Kleidung, Energie und Mobilität könnten autark befriedigt werden. Lokale Energiequellen und Rohstoffe sind ebenso vorhanden wie ein nahezu ideales Verkehrskonzept. Mit all dem wäre ein deutlich besseres Leben möglich – mit weniger Arbeit und Stress. Dass diese Möglichkeiten hier wie dort nicht gesehen werden, liegt am kurzfristigen Denken – nicht nur bei den führenden Köpfen in Politik und Wirtschaft.

Um deren und auch die Phantasie aller anderen anzuregen, haben die Equilibristen für Ihre Romanidee einen Fachmann begeistert. Journalist und Autor Dirk Fleck hatte vor 14 Jahren mit einem seiner Bücher („GO! Die Ökodiktatur“ – überarbeitet und erweitert unter <http://www.equilibrismus.de> erhältlich) einen viel gelesenen, aber äußerst düsteren Blick in die Zukunft unseres Planeten geworfen. Nun zeigt er mit einem Roman über die goldene Zukunft Französisch-Polynesiens einen Ausweg auf, der Mut für die Umsetzung der Theorie machen soll.

Auch in der Praxis sind die ersten Schritte bereits getan. In Papeete gab es ein Gespräch mit Umweltminister Handerson und in Deutschland Kontakt zu einer polynesischen Delegation. Dank des Romans, der bis Ende des Jahres fertig sein soll, könnte Französisch-Polynesien bald ein nachhaltiges Vorbild werden, das seinerseits zahlreiche Delegationen empfängt.

Volker Freystedt und Jens Hakenes

Von Gesell zur INWO – Teil II

Wera Wendnagel ist die Tochter von Marianne und Rudolf Höll, zweier Pioniere der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“. 1945 war sie vierzehn Jahre alt und durch Politik, Krieg und vielfachen Milieuwechsel ziemlich traumatisiert, in den neu entstandenen Jugendgruppen wie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) jedoch endlich keine Außenseiterin mehr.



Marianne Höll, geborene Timm, und ihre Tochter Wera 1967 in Bad Krozingen

Der Leiter des Internationalen Sozialistischen Kampfbundes (ISK), der aus dem Londoner Exil zurückkehrte, empfahl den Überlebenden, in die SPD einzutreten. Eine Partei wie der ISK, der offen gegen Demokratie war, hatte keine Chance mehr. Marianne Höll lehnte einen Übertritt zur SPD kategorisch ab und suchte nach den Gefährten aus der Erfurter Zeit. Eine alte Freundschaft verband sie mit Richard Batz, der bei der Wochenzeitung „Letzte Politik“ mitgearbeitet hatte. Ihm gelang erst verspätet die Gründung einer freiwirtschaftlichen Partei, der „Radikalsozialen Freiheitspartei“ (RSF). Die Militärregierung Westdeutschlands hatte zunächst Schwierigkeiten gemacht und einen Nachweis verlangt, dass Natürliche Wirtschaftsordnung (NWO) oder Freiwirtschaft keine Synonyme für Kommunismus seien. Bei den Bundestagswahlen 1949 bekam die RSF rund 215.000 Stimmen. Bei einer Wahl zur Hamburger Bürgerschaft erreichte sie im gleichen Jahr zwei Prozent.

Richard Batz war der einzige unter den damaligen Freiwirten, die ich kennenlernte, der auch einen jungen Menschen wirklich begeistern konnte. Trotzdem verstand ich nicht, wieso Geldscheine, die auf der Rückseite mit Klebmarken versehen wurden, die aussahen wie die Lebensmittelmarken aus der Kriegszeit, die Welt retten sollten. Von meinen Freunden und Bekannten kannte niemand diesen Silvio Gesell, der auf diese Idee gekommen war. Wir Jungen wollten Frieden durch Demokratie. Wir waren überzeugt zu wissen, wofür es sich einzusetzen lohnt. Nur die Gefahr eines Ost-West-Konfliktes schien bedrohlich.

Die schmerzliche Erkenntnis meiner Mutter, unheilbar krank zu sein, veranlasste sie 1950

unsere Auswanderung zu ihrem Bruder Hati in Argentinien zu betreiben. Ich brauchte also kein Abitur. Mein Onkel war verbittert, denn die zahlreichen dort lebenden Nachkommen Gesells interessierten sich nicht für die NWO. Und in Deutschland konnte Richard Batz wegen einer Krankheit nicht mehr aktiv sein. Alle anderen ehemaligen Mitstreiter hielt Hati entweder für Lumpen oder Dummköpfe. Mit mir, als der Tochter seines Feindes und eines Verräters, waren Gespräche über die NWO tabu. Es waren eher Selbstgespräche, die er mit mir führte. Sein an Nietzsche geschultes eigenständiges philosophisches Denken und sein Streben nach Freiheit gefielen mir. Als ehemalige Waldorfschülerin hatte ich Verständnis dafür. Ich empfand sogar verwandtschaftliche Zuneigung für ihn, während er mich ganz offen ablehnte.

1955 kehrte ich nach Deutschland zurück. Nach der Lektüre der Broschüre „Die Überwindung des Kapitalismus unter Beibehaltung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs“ von Karl Walker verstand ich endlich die Bedeutung der NWO. Die freiwirtschaftliche Partei hieß inzwischen „Freisoziale Union“ (FSU). Einige alte Freiwirte, die ich dort traf, hatten sich früher mit dem so genannten Dritten Reich arrangiert.

In den politischen Medien war inzwischen die Wiederbewaffnung Deutschlands ein heißes Thema. Ich war überzeugte Pazifistin. Deshalb fragte ich mit meinem Aufnahmegesuch bei der FSU an, wie man es denn damit halte. Der damalige Geschäftsführer der FSU, Ferdinand Böttger, schrieb mir einen geharnischten Antwortbrief. Von Ehre und Dankesschuld gegenüber deutschen Soldaten, die uns vor dem Bolschewismus bewahrt hätten, war

darin viel die Rede. Böttger hat damit neben mir offenbar noch weitere Interessenten und sogar Mitglieder der FSU vertrieben.

Die Geburtsstunde der INWO

Dr. Hans Weitkamp, Arzt und Feminist, warb mich für die „Sozialwissenschaftliche Gesellschaft“ (SG), obwohl die mir eigentlich zu wissenschaftlich ausgerichtet war. Bei einem freiwirtschaftlichen Kongress 1983 in Wörgl erfuhr ich von der Gründung der INWO, ausgerechnet von einem FSU-Mitglied, das später aus der INWO austrat, weil ihm diese – nunmehr von der FSU völlig unabhängig – zu links geworden sei. Damals waren mir erstmals die kleinen Schriften von Helmut Creutz aufgefallen, die ich von nun an eifrig weiterverteilte.

„Der Weg der Menschheit zur anständigen Gemeinschaft wird mit mancher Fuhrer Erde aus dem Garten Silvio Gesells gestampft sein.“

Erich Mühsam, 1930

Ende der 1980er-Jahre überführten die Schweizer ihre freiwirtschaftliche Partei in die „Internationale Vereinigung für Natürliche Wirtschaftsordnung“ (INWO). Die FSU war dazu nicht bereit. Jedoch gab es einige Mitglieder, die auch den Weg der überparteilichen Bildungsarbeit versuchen wollten. Eines davon war Hein Beba aus Konstanz. Die INWO wurde bald auch zum Sammelbecken für Freiwirtschaftler, die mit der FSU nicht einverstanden waren. Später wollte dann die deutsche Sektion der INWO ein gemeinnütziger Verein werden, damit Spenden steuerlich abgesetzt

werden können. Das deutsche Vereinsrecht lässt das aber nicht zu, wenn ein Verein international organisiert ist. Dies führte zur Geburt der Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung (INWO) in Deutschland als unabhängiger, selbständiger Organisation neben der INWO Schweiz und der INWO Österreich.

Ein ordentlicher deutscher Verein braucht einen ersten und einen zweiten Vorsitzenden und einen Kassierer. Der erste Vorsitzende war gleich gefunden, Hein Beba, und als Kassiererin seine Frau Hilde. Helmut Creutz schlug mich als zweite Vorsitzende vor und da ja alle Arbeit an den Bebas hängen würde, die beide Rentner waren, willigte ich ein. Wir mussten als Vereinssitz Frankfurt am Main wählen, da das Konstanzer Amtsgericht die Gemeinnützigkeit nicht erteilen wollte.

Bewundernswert war der Einsatz der Bebas für die Sache. Nie werde ich vergessen, wie der alte Mann schwere Bücherpakete schleppte und Büchertische aufbaute. Die Bebas waren auch maßgeblich an der Organisation der ersten internationalen INWO-Kongresse beteiligt. 1987, zum 125. Geburtstag Silvio Gesells in dessen Geburtsstadt St. Vith, nahmen daran rund 250 Menschen aus Belgien, den Niederlanden, Frankreich, England, Spanien, Argentinien, der Schweiz, Österreich und Deutschland teil. Die Stadt St. Vith bereicherte den Kongress zudem mit einer Ausstellung über das Leben und Werk Gesells. Ausstellungen und Vorträge sind in zwei Veröffentlichungen des Gauke-Verlags dokumentiert, die



Hein Beba

die INWO damals herausgab. Beim Folgekongress 1991 im Konstanzer Konzilgebäude ging der Einsatz Hein Bebas bis an seine physische Grenze. Er starb kurz danach mit 88 Jahren. Automatisch war ich nun seine Nachfolgerin. Selbst ohne jede Erfahrung in Öffentlichkeitsarbeit musste ich einen zweiten Vorsitzenden finden. Aus Freundschaft war Werner Onken bereit. Zwei Nächte lang habe ich mir von Hilde Beba eine Kartei von ca. 100 Mitgliedern und alle Unterlagen der INWO erklären und übergeben lassen. Ich war fest entschlossen, das Überleben des Vereins zu ermöglichen. Dazu brauchte ich zunächst Geduld und Ausdauer und die feste Überzeugung, dass die Zeit für diese gute Idee noch kommen wird.

Nach einer leichten Erhöhung des lächerlich geringen Mitgliedsbeitrages und dem Verschicken von Mahnschreiben sank die Mitgliederzahl zunächst. Außerdem machte ich die Bekanntschaft sehr vieler schrulliger alter Leute. Ich lernte eines erkennen: Ohne Jugend wird diese Initiative keine Zukunft haben.

1993 kam Hilfe von Sol Lyfond, einem jungen bildenden Künstler. Er machte mit künstlerischen Mitteln auf die Natürliche Wirtschafts-



Der INWO-Vorstand 1997 (v.l.n.r.): Wera Wendnagel, Andreas Bangemann und Gabriele Frenking (nicht im Bild: Werner Onken und Frank Bohner).

ordnung aufmerksam. Im Rahmen seines Projektes „Herzgehirn“ veranstaltete er auch seine Aktionen „Hefe und Knete“. Unter dem Motto „Saubere Kohle“ wurden zum Beispiel 1994 auf dem Platz vor dem Kölner Dom und der gegenüberliegenden Bank beschmutzte D-Mark-Scheine gewaschen und auf einer Wäscheleine zum Trocknen aufgehängt. Ein professioneller Bänkelsänger trat auf, und wir erklärten Schaulustigen Sinn und Zweck der Aktion. Aktiv dabei war auch schon Klaus Popp, ein „Lehrling“ von Helmut Creutz. Unsere Veranstaltung und Mitgliederversammlung danach in der alten Feuerwache in Köln wurde erstmals von vielen jungen Interessenten besucht.

In vielen Nachtschichten und mit Hilfe von Mitstreitern wie Andreas Bangemann, Frank Bohner und Martin Loose konnten wir ab 1996 ein kleines Mitteilungsblatt herausbringen, den „INWO-Rundbrief“. Klein aber fein brachte er doch einen gewissen Erfolg. Eine richtige Wende brachte aber erst der große INWO-Kongress „GeldentMACHTen“, Januar 1999 in Düsseldorf, organisiert von Klaus Popp. Anschließend gründete er das „Büro Düsseldorf“, Anlaufstelle unter anderem für die INWO. Klaus erinnert mich manchmal an Hans Timm. Er ist genauso überzeugt und eloquent wie dieser, jedoch mit einem ausgezeichneten Draht zur Jugend. Er hielt auch in schwierigen Situationen durch. Wir wuchsen an ihm und er an uns. Er macht die beste Öffentlichkeitsarbeit. Wesentlich auch sein Verdienst ist es, dass die Mitgliederzahl der INWO kontinuierlich zunimmt.

2001 bin ich aus Altersgründen als erste Vorsitzende der INWO zurückgetreten. Der Vorstand wurde seitdem vergrößert. Seine Arbeit ist umfangreicher und anspruchsvoller geworden. Es konnten sehr viele Regionalgruppen gegründet werden. Und wir geben eine Zeitschrift heraus, die sich sehen lassen kann.

Literatur:

- Silvio Gesell: Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld, Gesammelte Werke Band 11. Gauke Verlag für Sozialökonomie, Lütjenburg 1991.
- Silvio Gesell: Der abgebaute Staat, Leben und Trei-

ben in einem gesetz- und sittenlosen hochstrebenden Kulturvolk, Gesammelte Werke Band 16, Seite 252ff. Gauke, Lütjenburg 1995.

- Werner Onken: Modellversuche mit sozialpflichtigem Boden und Geld. Gauke, Lütjenburg, 1997, siehe auch: Hans Timm: Das erste Freigeld. In: Die Gefährten - Monatsschrift für Erkenntnis und Tat Nr. 33, 1949, Seite 555-559.
- Werner Link: Die Geschichte des Internationalen Jugend-Bundes (IJB) und des Internationalen sozialistischen Kampf-Bundes (ISK). Hrsg. von Wolfgang Abendroth, Meisenheim am Glan 1964.
- Karl Walker: Überwindung des Imperialismus. Rudolf Zitzmann Verlag, Lauf bei Nürnberg, 1946.
- Karl Walker: Die Überwindung des Kapitalismus unter Beibehaltung des marktwirtschaftlichen Wettbewerbs, in: Karl Walker, Ausgewählte Werke, Gauke, Lütjenburg 1995, Seite 232ff.
- Frank Bohner: Knochen, Momos und welkende Blüten. In: r-evolution Nr. 11, September 2002.



Wera Wendnagel (geb. Höll):

Geb. 1931, neben Berufstätigkeit, Kind und Altenpflege Studium der Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Lernbehindertenpädagogik. 12 Jahre ehrenamtlich im Vorstand der INWO tätig. Redakteurin der FAIRCONOMY und INWO-Ehrenvorsitzende.



Die Kaufkraft der welkenden Blüten musste mit einer „Wassergebühr“ erhalten werden.

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (095 02) 92 48 10 oder per Post an:

**INWO Versand
Sambach 180**

96178 Pommersfelden



Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift „FAIRCONOMY“.

Ich bin Schüler(in) / Student(in) / Auszubildende(r) / erwerbslos und zahle monatlich nur 2 €.

Ich spende regelmäßig einen zusätzlichen Beitrag von monatlich _____ €.

Ich spende einmalig _____ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.

Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.

Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

ggf. Artikelbezeichnung	ggf. Anzahl
_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Kosten für Verpackung & Versand: bis 10 € Bestellwert 1.50 € / ab 10 € Bestellwert frei

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Zeitschrift zum Verteilen:

FAIRCONOMY



Die aktualisierte Neuauflage der ersten Ausgabe der FAIRCONOMY ist ein Sonderheft, das vor allem für Einsteiger gedacht ist. Mit einem neuen Quiz, leicht verständlichen, zeitlosen Texten und vielen bunten Illustrationen werden die Themen der INWO angesprochen und unsere Arbeit vorgestellt. Das Heft ist durchgehend farbig und eignet sich

hervorragend zum Verteilen oder Auslegen.

10er Pack, 1.50 € (nur Porto- und Versandkosten!)

Hörspiel von Bernd Grashoff

Das Geldwunder von Wörgl

Eine Aufnahme des Bayerischen Rundfunks 2003



Das Geldwunder von Wörgl beschreibt, wie sich die Gemeindeglieder 1932 aus eigener Kraft aus der Wirtschaftskrise

befreiten. Während im übrigen Österreich die politischen Gruppen aufeinander schossen, kämpfte der Gemeinderat von Wörgl einstimmig, Seite an Seite mit den Bürgern, für ein Beschäftigungsprogramm mit „rostenden Banknoten“.

Laufzeit: 28 Minuten, 5 € (ab 10 St nur je 3 €)

Andreas Eschbach:

Eine Billion Dollar



John Salvatore Fontanelli, Sohn eines armen New Yorker Schuhmachers italienischer Abstammung, erbt unerwartet ein Vermögen, das ein entfernter Vorfahr, ein florentinischer Kaufmann, im 16. Jahrhundert hinterlassen hat – ein Vermögen, das in fast 500 Jahren auf über eine Billion Dollar angewachsen ist!

Raten Sie mal, wodurch... Der Erbe dieses Vermögens, verheißt das Testament, werde einst der Menschheit die verlorene Zukunft wiedergeben. Nur wie?

Roman, Bastei Lübbe Verlag, 887 Seiten

Taschenbuch 9.95 €, Hardcover 23 €

Margrit Kennedy:

Geld ohne Zinsen und Inflation Ein Tauschmittel, das jedem dient



Noch nie gab es soviel Geld wie heute und dennoch fehlt es überall. Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit werden zumeist mit falschen politischen Entscheidungen oder individuellem Fehlverhalten begründet. Selten werden wirtschaftliche Rahmenbedingungen und unser Finanzsystem grundsätzlich in Fra-

ge gestellt. Aber genau hier sind die tieferen Ursachen des Dilemmas verborgen. Margrit Kennedy räumt mit weit verbreiteten Missverständnissen rund ums Geld auf und zeigt, wie tragfähige Alternativen zum bestehenden Finanzsystem aussehen können.

Goldmann 2006, aktualisierte Neuauflage, 268 Seiten, 7.95 €

Jürgen Probst:

Perspektiven fließenden Geldes Ein Spaziergang durch unser Währungssystem



Sehr gut lesbar stellt Jürgen Probst unser problematisches Währungssystem und Lösungsperspektiven vor. Mit erfrischender Leichtigkeit hat sich der selbständige Handwerker und Unternehmer dieses anspruchsvollen und bedeutungsvollen Themas vorgenommen. Dabei weist der Autor deutlich darauf hin, dass

er nur ein Appetithäppchen liefern kann. Der wirkliche Hunger wird durch die weitere Beschäftigung mit diesem wichtigen Thema gestillt. Und genau dazu regt diese kostengünstige INWO-Broschüre an.

INWO 2006, 72 Seiten, 3.50 €

**Weitere Angebote finden Sie unter <http://www.INWO.de/Shop>.
Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!**